

# SPD demokratischer pressediens

P/XXX/137

23. Juli 1975

Entspannung und Sicherheit

Zu der Moskauer Kritik am Bundesverteidigungs-  
minister

Seite 1 und 2 / 50 Zeilen

Vom Umgang mit dem Rechtsstaat

Anmerkungen zum Stil der politischen Auseinander-  
setzung

Seite 3 / 39 Zeilen

Reform bedeutet nicht Verschlechterung

Offizier im Generalstabedienst bleibt weiter unent-  
behrlich

Seite 4 und 5 / 62 Zeilen

Höherer Erholungswert der Wälder

Niedersachsen macht aus der Not eine nachahmenswerte  
Tugend

Von Klaus Peter Bruns MdL  
Niedersächsischer Minister für Ernährung, Landwirt-  
schaft und Foresten

Seite 6 und 7 / 53 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Presserhaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 37 80 37 - 38  
Telex: 08 88 848 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 85 11

Entspannung und Sicherheit

Zu der Moskauer Kritik am Bundesverteidigungsminister

"Es sieht so aus", so hat die sowjetische Regierungszeitung "ISWESTIJA" vor einigen Tagen geschrieben, "daß der Fortschritt bei der Entwicklung der Entspannung manchem in Westdeutschland nicht nach dem Geschmack ist, so daß diese Leute ihre Absichten nicht aufgegeben haben, die Entspannung, wenn nicht zu vereiteln, so doch wenigstens maximal zu verzögern". An der Spitze der so gescholtenen angeblichen Entspannungsfeinde steht nach Ansicht der "ISWESTIJA" Bundesverteidigungsminister Georg Leber, der in einem Rundfunk-Interview erklärt hatte, daß die NATO unter Umständen zu einem Ersteinsatz von atomaren Waffen bereit sein müsse, wenn ein Angriff starker konventioneller Kräfte anders nicht aufgehalten werden könne.

Mißverstehen kann man diese Äußerungen nur, wenn man an den machtpolitischen und militärischen Fakten in Europa vorbeisieht. Vor Leber hatte US-Verteidigungsminister James Schlesinger und nach Leber der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages, Werner Buchstaller MdB, auf die von Grund auf defensive, in ihrer Wirkung aber unmißverständliche NATO-Strategie der flexiblen Reaktion hingewiesen: Erst wenn ein NATO-Mitgliedstaat so massiv angegriffen wird, daß der Angriff mit den vorhandenen konventionellen NATO-Streitkräften nicht mehr gestoppt und zurückgewiesen werden kann, wird sich das Bündnis auch mit Nuklearwaffen dieses Angriffes erwehren. Diese Überlegungen sind trotz einer Verfeinerung des politischen und militärischen Verteidigungserse- nals nicht neu. Schon der stellv. SPD-Vorsitzende Fritz Epler hatte darauf hingewiesen, daß die Reaktion der NATO vom Pistolen-Schuß bis zur Detonation eines Nuklearsprengkörpers reichen könne.

Der sozialdemokratische Verteidigungsexperte Buchstaller kommentierte die jüngsten verbalen Attacken aus Moskau recht deutlich: "Solche

Lügen und Beleidigungen sind einfach nicht mehr zu ertragen." Das Bundesverteidigungsministerium meinte offiziell, daß eine dreimal so große Zahl von Panzern des Warschauer Paktes gegenüber den NATO-Kräften in Mitteleuropa nicht als Hirngespinnst, sondern als Faktum betrachtet würde. Im Übrigen sei es gerade Leber, der immer betone, der Westen wolle in der Rüstung Schritt halten, aber nicht Schrittmacher sein.

Gewiß muß es in Moskau lästig aufstoßen, daß gerade in der heißen Endphase der Konferenz über Sicherheit (aller europäischen Staaten nebenbei) und Zusammenarbeit in Europa verantwortliche Politiker im Westen auf die Notwendigkeit weiterer wachsender Sicherheitavorkkehrungen verweisen. Dieses Sicherheitsbewußtsein der westlichen Völker zu beeinflussen ist anerkanntermaßen stets mehr als nur ein beabsichtigtes Nebenprodukt sowjetischer Konferenzstrategie. Das Lamento westlicher, auch westdeutscher Politiker über den angeblichen Ausverkauf von Sicherheitsinteressen, wie es seit den 50er Jahren regelmäßig zu hören ist, beeindruckt im Ostblock niemanden.

Aber daß gerade Sozialdemokraten die verantwortlichen Politiker der Sowjetunion daran erinnern, daß Konferenzergebnisse sehr gut und wichtig sind, daß aber wirkliche Entspannung nur in einem gleichgewichtigen Abbau der militärischen Potentiale gemessen und herbeigeführt werden kann, dies ist zweifellos der eigentliche Kern der gegen Georg Leber geführten Kampagne. Auch in Moskau scheint man aus der Bundesrepublik dies zu wissen: Viele lamentieren über Sicherheit, Sozialdemokraten sorgen für Sicherheit.

(ha/23.7.1975/ks/ee)

+ + +

Vom Umgang mit dem Rechtsstaat

Anmerkungen zum Stil der politischen Auseinandersetzung

Die erregte Kritik, die die sog. "Fallstudie" ausgelöst hat, die im Auftrage des SPD-Bundesgeschäftsführers Holger Börner von Experten zur Frage der rationalisierenden Kosteneinsparung ausgearbeitet worden ist, wird, sobald sich die Diskussion weitgehend versachlicht haben wird, zweifellos einer ruhigeren Beurteilung Platz machen. Schließlich ist dieses Papier zunächst einmal ein Denkanstoß im Rahmen einer Problematik, die in weitesten Kreisen der Bundesbevölkerung ständiger Anlaß zu Reaktionen ist, die vom ärgerlichen Kopfschütteln bis zum resignierenden Achselzucken reichen; und Denkanstöße sollten nicht deshalb allein schon in Grund und Boden verdammt werden, weil sie unbequem sind und dem einen oder anderen nicht ins Konzept passen.

Merkwürdig zumindest wird aber eine solche Kritik auf jeden Fall, wenn sie sie sofort auf hohem Kothurn daherstelt und die Bedrohung des Rechtsstaates als Menetekel an die Wand malt, wobei natürlich der massive Hinweis auf eine Verfassungsklage als allmählich peinlich herabgewertetes Instrument nicht fehlen kann. Ist aber wirklich dieser Rechtsstaat schon bedroht, infrage gestellt und gefährdet, wenn, um Holger Börner zu zitieren, irgendjemand seine Privilegien angetastet glaubt? Wird mit einer in solchem Zusammenhang rasch hingeworfenen Aussage vom angeblichen "Ende des Rechtsstaates" nicht auch die gesicherte Überzeugung geschwächt, die man doch wohl selbst, die von einem vertretenen Gruppen und auch die gesamte Bevölkerung der Bundesrepublik mit diesem Begriff "Rechtsstaat" verbinden und verbinden dürfen? Es ist in dieser Bundesrepublik zu einem bedenklichen Miß-Neus geworden, mit Begriffen dieser Art bei tagespolitischen Auseinandersetzungen herumzujonglieren, als ob es sich um bloße Worte handle, die man gedankenlos und unbedenklich durch die Gegend wirbeln läßt. Es ist nichts gegen den engagierten Eifer zu sagen, mit dem sich dieser oder jener in die Diskussion um sachliche und personelle Fragen hineinkniet, um seiner Meinung Gehör zu verschaffen. Das Grundgesetz als die freieste Verfassung eines deutschen Staates überhaupt hat da Schranken weggeräumt, die früher und anderswo die Meinungsfreiheit doch sehr einengten und einengen. Das ist gut so und muß so unangetastet bleiben.

Umso größer aber ist die Verantwortung jener Bundesbürger, die an besonderer Stelle im Auftrage handeln und für andere sprechen dürfen, bei der Ausführung ihres Mandats - auch im verbalen Bereich. Der Rechtsstaat umfaßt uns alle und er gehört uns allen, er schützt alle und er ist von allen zu hüten. Daher muß man sehr behutsam mit ihm umgehen und ihn nicht zum Kleingeld für Interessenbewahrungen machen wollen, wo es schon genügt, wenn man ganz einfach protestiert. (ee/23.7.1975/ks/ee)

+ + +

Reform bedeutet nicht Verschlechterung  
-----

**Offizier im Generalstabdienst bleibt weiter unentbehrlich**

Die Reform der Bildung und Ausbildung in der Bundeswehr wird auch vor der Führungsakademie in Hamburg nicht haltmachen. Wenn das gesamte System neu geordnet und effektiver gemacht wird, kann diese Akademie nicht als eine Insel der Seligen davon unberührt bleiben. Die Lehrgangsdauer an der Ausbildungsstätte für zukünftige Offiziere im Generalstabdienst soll vom Oktober dieses Jahres an von 24 auf 21 Monate verkürzt werden, im kommenden Jahr ist eine weitere Verkürzung um drei auf 18 Monate vorgesehen und als Fernziel wird eine Lehrgangsdauer von 12 Monaten angestrebt. Über die letztgenannte Zahl wird noch zu diskutieren sein, wenn bis dahin Erfahrungen gesammelt worden und die Voraussetzungen für den Besuch der Generalstabsausbildung andere geworden sind.

"Leber will im Sinne sozialistischer Gleichmacherei die Generalstabs-offiziere aus der Bundeswehr ausmerzen, er fürchtet eine Elite-Bildung" so etwa lautet der Tenor der jetzt vornehmlich von der Springer-Presse unsauber geübten Kritik an der Reform. Kein Mensch, der in der Bundeswehr irgendwelches Gewicht hätte, schon gar nicht aber Bundesverteidigungsminister Georg Leber denkt daran, die Ausbildung der Offiziere im Generalstabdienst allmählich einzustellen oder gar auf sie zu verzichten. Der Offizier im Generalstabdienst bleibt für die politische und militärische Führung weiterhin unentbehrlich.

Zunächst einmal eine Klarstellung: Die Bundeswehr hat keinen Generalstab, sie kennt deshalb auch im Gegensatz zu früheren deutschen Streitkräften keine eigene Laufbahn des Generalstabs-offiziers, sondern nur den Offizier im Generalstabdienst, der für die Tätigkeit in hohen nationalen und integrierten Stäben ausgebildet worden ist, aber im Wechsel mit Stabsverwendungen auch in der Truppe Dienst tut. Das Ansehen der von der Bundeswehr ausgebildeten Offiziere im Generalstabdienst ist heute in der ganzen Welt nicht geringer als zu anderen Zeiten militärischer Geschichte. So soll es nach dem Willen der politischen Spitze des Verteidigungsministeriums auch bleiben.

Der Gegensatz zwischen dieser Absicht und der Verkürzung der Lehrgangs-

dauer an der Führungsakademie ist nur scheinbar. Alle Offiziere der Bundeswehr, die zum Stabsoffizier - also zum Major - geeignet erscheinen, müssen jetzt vor ihrer Beförderung einen fünfmonatigen Lehrgang - die sogenannte Fortbildungstufe C - absolvieren, in dem sie ein breites Angebot aus den Bereichen des theoretischen Wissens und der militärischen Praxis verarbeiten müssen. Die besten Absolventen dieser Lehrgänge werden für die Ausbildung zum Offizier im Generalstabdienst herangezogen werden. Sie bringen also bereits eine Vorbildung mit, die die bisherigen Absolventen der Führungsakademie nicht vorzuweisen hatten. Weiter ist vorgesehen, daß diejenigen Offiziere, die in militärische Spitzenpositionen aufsteigen sollen, also einmal Generaleschulterstücke tragen werden, noch einen D-Kursus absolvieren, dessen Aufgabe es sein wird, für die Führung der Gesamttreitkräfte notwendige Kenntnisse zu vermitteln. Darüberhinaus werden in drei Jahren die ersten Offiziere zur Truppe kommen, die Vollekademiker sind, denn das Hochschulstudium ist für jeden Berufsoffizier seit Anfang dieses Jahres obligatorisch, und die also gelernt haben, wissenschaftlich zu arbeiten und zu denken.

Angesichts dieser Bildungsvoraussetzungen ist es nicht nur zulässig, sondern geradezu notwendig gewesen, die Ausbildung an der Führungsakademie zu verkürzen, weil sie sonst von der Bundeswehr, aber auch von den Auszubildenden als sinnlose Bürde empfunden würden. Wie eingangs betont: Über die Frage des Endzieles von zwölf Monaten wird man noch diskutieren müssen. Hierbei geht es nicht um irgendein Dogma, sondern allein um die Antwort auf die Frage: Was braucht ein Manager - denn das ist der Offizier im Generalstabdienst - für die Erfüllung seiner Aufgabe und in welcher Zeit kann ihm das vermittelt werden?

Mit der Kampagne gegen die Reformabsichten werden nicht vorhandene Widerprüche und auch persönliche Gegensätze künstlich aufgebaut. Das dient nicht der Sache. Als Modell für die Reform mag die jetzt eingeleitete Reform der Unteroffiziersausbildung dienen, die ebenfalls nach dem Grundsatz: "Attraktiv für den Einzelnen, effektiv für die Bundeswehr" vorgenommen wird.

Wolfgang Fechner  
(-/23.7.1975/ka/ho/pr)

+ + +

Höherer Erholungswert der Wälder

Niedersachsen macht aus der Not eine nachahmenswerte Tugend

Von Klaus Peter Bruns MdL

Niedersächsischer Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Durch den seit Menschengedenken in unseren Breiten einmaligen Orkan vom 13. November 1972 wurden in den niedersächsischen Wäldern rd. 17,4 Millionen Festmeter Holz gebrochen oder geworfen. In den zurückliegenden Jahren wurde die Aufarbeitung vollständig und die Vermarktung weitgehend abgeschlossen. Dies war u.a. nur möglich, weil alle Waldfacharbeiter und Forstbeamte unseres Landes aus eigenem Antrieb heraus gegen den Verfall des Holzes ankämpften. Darüber hinaus vollzog sich in den niedersächsischen Wäldern eine noch nicht dagewesene Kooperation zwischen allen Waldbesitzarten und den Forstverwaltungen der übrigen Bundesländer. Diese zogen aus einigen Regionen ihr gesamtes Forstpersonal ab und entsandten es nach Niedersachsen zur Windwurfaufarbeitung.

Vom Sturm wurden über 100.000 Hektar der Waldfläche Niedersachsens so stark zerstört, daß sie wieder aufgeforstet werden müssen; das sind rd. zehn vH der gesamten Waldfläche unseres Landes. Die Wiederaufforstung befindet sich in vollem Gange; sie wird in diesem und in den beiden kommenden Jahren stark forciert, so daß sie bis zum Jahr 1980 abgeschlossen werden kann. Die finanziellen Mittel dafür sind in der Finanzplanung des Landes vorgesehen, wobei allerdings Bundesmittel und Hilfen der EG mit eingeplant sind. Das endgültige Tempo hängt auch von arbeitstechnischen Voraussetzungen und der Beschaffung geeigneter Forstpflanzen ab. Hier haben wir aber gute Vorsorge getroffen. Unser erklärtes Ziel ist es nämlich, den Bestand von Monokulturen von Nadelwäldern abzubauen und einen Wald entstehen zu lassen, dessen Laub- und Mischwaldanteil höher sein wird als vor dem Sturm.

Grundlage für diese umfassende Wiederaufforstung werden die "Richtlinien für eine langfristige regionale waldbauliche Planung in den niedersächsischen Landesforsten" sein, die unabhängig von der Windwurfkatastrophe schon vorher die ökologischen Grundzüge des Nadel- und Laubholzanbaues fest-

gelegt haben. Die natürliche Standortausstattung, wie Lage, Klima und Boden, wird in Zukunft den Waldbau regeln. Der sehr kostspielige Laubholzanbau wird nach diesen Erkenntnissen und langjährigen Erfahrungen verdoppelt. Die Betriebssicherheit und Stabilität der Wälder werden uns in Zukunft dazu zwingen, daß z.B. auf den besseren Standorten das flechlende Laubholz, Lärche oder Laub-Nadel-Mischbestände angelegt werden und auf mäßig wüchsigem Beständen die Fichte vor der Kiefer den Vorzug erhält.

Ziel der gesamten Aufforstung sollen ökologisch stabile Wälder sein, die bei hoher Produktion zugleich dem wachsenden Erholungsbedürfnis der Menschen gerecht werden können. Mischwälder lassen z.B. den Massenbefall an Schädlingen mindern, so daß sich der Einsatz von chemischen Bekämpfungsmitteln vielfach erübrigt. Für die Bevölkerung bietet der Mischwald nicht nur ein abwechslungsreicheres Bild, er ist auch leichter zugänglich. Durch ihn kann man freier wandern und so mehr den Erholungseffekt eines Waldes genießen.

Darüber hinaus gedeiht in einem Mischwald eine vielfältigere Tierwelt und eine Flora, wie sie in den dunklen Nadelwäldern nicht entstehen kann. Schon allein wegen dieses Vorzuges ist unsere Planung für die Bevölkerung, die sich in zunehmendem Maße in der Landschaft erholen will und die dabei weitgehend auf den Wald angewiesen ist, von hohem Wert. Den gesetzlichen Grundlagen für den freien Zutritt zum Wald folgt damit die Nutzbarmachung größerer Waldgebiete für den Menschen.

Unsere Pläne werden deshalb in mehrfacher Hinsicht nutzbringend sein. Es wird ein Beitrag zum ökologischen Gleichgewicht geleistet, weitere Gebiete werden für die Wanderer und Reiter zugänglich und schließlich wird der wirtschaftliche Nutzen aus den Wäldern auf lange Sicht verbessert.

(-/23.7.1975/ks/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert